

Sehr geehrter Herr Dimas!

Ich schreibe Ihnen als Vorsitzender der parteiunabhängigen Bürgerinitiative „Saubere Luft“ in Duisburg, die sich gegen das in Planung befindliche Steinkohlekraftwerk auf dem Bayer-Gelände in Krefeld-Uerdingen wendet.

Der Kraftwerksbauer Trianel plant, ab dem Jahre 2012 auf dem Gelände der Bayer AG in Krefeld an der Stadtgrenze zu Duisburg ein Steinkohlekraftwerk in Betrieb zu nehmen. Das Genehmigungsverfahren ist bereits eröffnet. Das Kraftwerk soll eine Leistung von 890 MW mit 10-prozentiger Dampfauskopplung besitzen. Der jährliche CO₂-Ausstoß wird mit 4,6 Millionen Tonnen liegen. Als weitere Emissionen sind 500 kg Cadmium, 500 kg Thallium, 600 kg Quecksilber, 1000 kg Arsen, 2000 kg Nickel, 6000 kg Blei, 400 Tonnen Staub, 4000 Tonnen Schwefeloxide, 4000 Tonnen Stickoxide angegeben. Die verwendete Kohle soll aus Kolumbien, Südafrika und Australien importiert werden. Es ist nicht geplant, regional abgebaute Kohle zu verwenden. Die Laufzeit des Kraftwerks soll bei ca. 50 – 60 Jahren liegen.

Der Wirkungsgrad des Kraftwerks wird mit 56 Prozent angegeben. Die Kühlung wird über einen Rückfluss erfolgen, bei dem 35 Grad Celsius warmes Wasser in den Rhein geleitet wird. Die benötigte Kohle wird in offener Halde gelagert, was weitere Staubbelastungen in der Region hervorrufen wird. Die Abgase werden über einen 140 Meter hohen Schornstein abgelassen.

In die Berechnungen für die CO₂-Emissionen sind noch nicht die Emissionen eingerechnet, die für den Transport der Kohle aus den Herkunftsländern benötigt werden.

In Deutschland sind zurzeit weitere Steinkohlekraftwerke und Braunkohlekraftwerke geplant, die ebenfalls in den nächsten Jahren ans Netz gehen sollen.

Das Kraftwerk steht in einer dicht besiedelten Region am Rande des Ruhrgebietes. Die Region ist ohnehin durch Emissionen der Chemie- und Schwerindustrie eine der am stärksten von Emissionen betroffenen Gebiete in Deutschland. Unmittelbar betroffen vom geplanten neuen Kohlekraftwerk sind ca. 100.000 Einwohner der angrenzenden Stadtteile. Umso perfider ist es, dass die Kraftwerksbetreiber ausgerechnet damit argumentieren, dass die Luftverschmutzung in dieser Region ohnehin schon eine der höchsten in Deutschland ist, so dass eine weitere Erhöhung der Luftverschmutzung für die betroffenen Menschen auch noch zumutbar wäre.

Die Bayer AG benötigt ein Kraftwerk am hiesigen Chemiestandort, um Wasserdampf für die Produktion zu erzeugen. Weiterhin benötigt Bayer einen Teil des erzeugten Stroms. Einen weiteren Teil des Stromes werden die Stadtwerke Krefeld für die örtliche Versorgung abnehmen. Der überwiegende Teil des hier erzeugten Stroms soll in die Niederlande, nach Österreich und in die Schweiz verkauft werden. Im Gegenzug für das neue Steinkohlekraftwerk plante Bayer zunächst, kleinere Kraftwerke / Kessel mit einem Wirkungsgrad von unter 40 Prozent abzuschalten. Nach neuesten Verlautbarungen der Bayer AG wird diese Abschaltung jedoch nicht erfolgen, so dass die Emissionen des neuen Steinkohlekraftwerks zu den bisherigen hinzuzurechnen sind.

Bayer droht mit Standortnachteilen und dem Verlust von Arbeitsplätzen, wenn das Kohlekraftwerk nicht genehmigt wird. Den Städten Duisburg und Krefeld würden durch die zusätzliche Luftverschmutzung Nachteile erwachsen, denn es würde Menschen bewegen, aus

dieser Region fortzuziehen, bzw. sich hier nicht neu anzusiedeln. Mit einem alternativen Gasturbinenkraftwerk würden darüber hinaus ebenfalls Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden.

Tatsächlich wäre es möglich und ohne den Verlust von Standortnachteilen durchaus praktikabel, an gleicher Stelle ein Gasturbinenkraftwerk mit einem Wirkungsgrad von 90% Prozent zu errichten.

Unsere Bundeskanzlerin, Frau Angela Merkel mahnt immer wieder die Einhaltung der von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union geforderten Klimaschutzziele an. Die in Deutschland betriebenen und geplanten Kohlekraftwerke sind mit diesen Klimaschutzziele nicht vereinbar.

Die Firmen Bayer und Trianel nehmen offensichtlich durch die Drohung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen gezielt Einfluss auf Politiker jeder Couleur. Offensichtlich ist den Vorständen der Firmen ein kurzfristiger Profit auf Kosten der hier lebenden Menschen wichtiger als die Verfolgung der international angestrebten Klimaschutzziele.

Mit viel Interesse vernahmen wir Ihr Interview vom 05.05.2007, das in der Presse am 07.05.2007 gedruckt wurde. Darin mahnen Sie, dass der Bau und Betrieb von Kohlekraftwerken uns alle langfristig teuer zu stehen kommen werde.

Umso mehr wunderten wir uns über die Kritik von Bundesumweltminister Siegmund Gabriel, der Ihre Mahnung scharf zurückwies. Im Fernsehen wurde am 05.05.2007 in der Sendung RTL-aktuell ein Interview ausgestrahlt, in dem er von Ihnen sagte, Sie sollen sich „nicht als Oberlehrer aufspielen“.

Ebenfalls wurden Sie nach einer Pressemitteilung der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 07.05.2007 von der Nordrhein-westfälischen Landesregierung mit den Worten kritisiert, Sie seien „frei von Sachverstand“.

Mir und der Bürgerinitiative drängt sich hier der Verdacht auf, dass es sich bei der von der Bundesregierung angemahnten Einhaltung der Klimaschutzziele um reine Lippenbekenntnisse handelt. Tatsächlich wird aber an den Forderungen der Vereinten Nationen sowie der Europäischen Union vorbei gehandelt. Dadurch entstehen erhebliche gesundheitliche Nachteile für die betroffenen Menschen und für das Klima allgemein.

Wir möchten Sie bitten, Ihren Einfluss als EU-Umweltkommissar geltend zu machen, um das Problem der Stromherstellung durch Kohlekraftwerke auf EU-Ebene zu lösen und weitere Kohlekraftwerke zu verhindern.

Bitte unterstützen Sie uns mit denen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln! Bitte stoppen Sie diesen Wahnsinn!

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Mommertz
Gesendet am 14.5.07